

V-7-B Gegen das globale Patriarchat - Für eine queerfeministische Außenpolitik

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.11.2020
Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Unsere junggrüne Friedens- und Außenpolitik richtet sich an diejenigen, die von
2 ihr betroffen sind und ist sensibel gegenüber Machtverhältnissen, die diese
3 Betroffenheit verstärken. Wir befürworten den Paradigmenwechsel, Sicherheit
4 nicht mehr im Sinne von Staaten, sondern im Sinne von Menschen zu denken.
5 Menschliche Sicherheit denkt Bedrohungen durch Hunger, Krankheit, Kriminalität
6 und Repression und physischer, mentaler und sexualisierter Gewalt mit und
7 entwirft Lösungskonzepte, bei der das Individuum und seine Bedürfnisse im
8 Vordergrund stehen. Um menschliche Sicherheit zu verwirklichen, müssen wir
9 Kritik an aktuellen Machtstrukturen ausüben. Denn wir wollen strukturelle
10 Diskriminierung und Unterdrückung jeglicher Art durchbrechen. Gewaltspiralen,
11 Aufrüstung und bewaffnete Konflikte basieren viel zu oft auf toxischen und
12 aggressiven Dynamiken von patriarchalen Strukturen. Wir als Grüne Jugend wollen
13 Machthierarchien durchbrechen und das Thema Frieden und Sicherheit
14 geschlechtergerecht betrachten.

Feministische Außenpolitik denkt intersektional

15
16 Unser Anspruch ist, Außenpolitik queerfeministisch und intersektional zu
17 gestalten. Manche Menschen gehören mehreren marginalisierten Gruppen an.
18 Intersektionalität bedeutet dabei, die besonderen Diskriminierungsformen, denen
19 diese Menschen ausgesetzt sind, zu bedenken. Frauen, inter und trans Personen,
20 die zusätzlich von weiteren Diskriminierungsformen betroffen sind, sind
21 besonders stark marginalisiert. Wir fordern deshalb, auf die Bedürfnisse
22 mehrfach diskriminierter Personen in Situationen des bewaffneten Konflikts und
23 außenpolitischen Lösungsansätzen einzugehen. Intersektionale Ansätze müssen in
24 allen Bereichen der deutschen Außenpolitik gemainstreamed werden. Dabei steht am
25 Anfang etwa die systematische Sammlung von nach Geschlechtern aufgeschlüsselten
26 Daten, die sich nicht nur auf binäre Geschlechterkategorien beschränken, sondern
27 alle Geschlechter einbeziehen. Darüber hinaus muss eine Analyse der
28 Geschlechterperspektive bei der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung von allen
29 außenpolitischen Maßnahmen durchgeführt werden, um geschlechtergerechte

30 Maßnahmen zu ermöglichen. Diese Analyse muss eine intersektionale Perspektive
31 haben, die berücksichtigt, dass Menschen eines bestimmten Geschlechts eine
32 heterogene Gruppe sind, unterschiedliche Lebensbedingungen haben, zu
33 verschiedenen sozialen Gruppen gehören und von unterschiedlichen
34 Diskriminierungsformen betroffen sind, die sich überschneiden und miteinander
35 interagieren.

36 **Feministische Außenpolitik setzt die Rechte von** 37 **Frauen, inter und trans Personen konsequent um**

38 Wir wollen, dass Frauen, inter und trans Personen ihre universellen
39 Menschenrechte wie Schutz vor Gewalt und Diskriminierung uneingeschränkt
40 wahrnehmen können. Ob aufgrund von materiellen Abhängigkeiten, fehlenden
41 Mobilitätsmöglichkeiten, mangelndem Schutz vor geschlechtsbasierter Gewalt oder
42 weiteren Faktoren - Frauen, inter und trans Personen sind oft überproportional
43 stark von bewaffneten Konflikten betroffen. Die Situation von trans, inter, non-
44 binary und agender Personen verdient dabei besondere Aufmerksamkeit, weil sie
45 meist ebenso unter cis-männlicher Dominanz leiden, aber zusätzlich durch binäre
46 Geschlechtersysteme unsichtbar gemacht werden. So stehen ihnen keine Schutzräume
47 zur Verfügung, was sich in bewaffneten Konflikten besonders stark auswirkt.
48 Feministische Außenpolitik geht jedoch darüber hinaus, Frauen, inter und trans
49 Personen nur als primäre Adressat*innen von Nothilfe zu sehen. Denn Frauen, inter
50 und trans Personen sind Akteur*innen und Rechtsträger*innen und müssen als
51 solche anerkannt werden. Daher müssen die Rechte von Frauen, inter und trans
52 Personen in allem außenpolitischem Handeln berücksichtigt und gestärkt werden.
53 Das bedeutet auch existierende diskriminierende Gesetze auf allen Ebenen
54 abzubauen. Auch in der Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Handelspolitik
55 müssen Geschlechtergerechtigkeit und intersektionale Ansätze integriert werden.

56 **Feministische Außenpolitik kämpft für gerechte** 57 **Ressourcenverteilung**

58 Patriarchale Strukturen führen in Deutschland und weltweit dazu, dass die
59 Teilhabe von Frauen, inter und trans Personen an sozialen, ökonomischen und
60 politischen Ressourcen begrenzt bleibt. Das ist inakzeptabel, denn für uns ist
61 klar: Frauen, inter und trans Personen haben das Recht an mindestens 50 Prozent
62 der Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dazu muss die
63 Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich gegen bestehende
64 Machtstrukturen und für mehr Teilhabe von Frauen, inter und trans Personen und
65 marginalisierten Gruppen einsetzen, eine zentrale Rolle einnehmen. Wir wollen,
66 dass in allen Bereichen Personal und finanzielle Mittel explizit zur
67 Gleichstellung von Frauen, inter und trans Personen bereitgestellt werden. Diese
68 Prozesse müssen partizipativ gestaltet werden, damit sie die Lebensrealitäten
69 von Frauen, inter und trans Personen vor Ort berücksichtigen.

70 **Feministische Außenpolitik bringt Frauen, inter**
71 **und trans Personen an die Verhandlungstische**

72 Die aktive Teilnahme von Frauen, inter und trans Personen an Verhandlungen
73 fördert den Aufbau geschlechtergerechter und diverser Strukturen und sichert
74 somit langfristig Frieden. Die Teilhabe von Frauen, inter und trans Personen und
75 somit die Inklusion einer ganzen Bevölkerungshälfte in Verhandlungsprozesse
76 führt dazu, dass marginalisierte Gruppen ihre wichtigen Perspektiven in die
77 Verhandlungen einbringen können. Somit können Lösungsansätze gefunden werden,
78 die diverse Perspektiven auf soziale und globale Gerechtigkeit berücksichtigen.

79 Frauen, inter und trans Personen müssen als Entscheidungsträger*innen auf allen
80 Ebenen der Sicherheits- und Friedenspolitik einbezogen werden.
81 Geschlechterhierarchien dürfen in keinem auswärtigen Engagement, sei es
82 Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention oder Mediation von
83 Friedensverhandlungen gestärkt, sondern müssen aufgebrochen werden. In
84 Friedensprozessen müssen Frauen, inter und trans Personen und andere
85 marginalisierte Gruppen anerkannt werden und aktiv an Waffenstillstands- und
86 Friedensverhandlungen teilnehmen. Frauen, inter und trans Personen müssen zudem
87 nachhaltig auf allen Ebenen der Friedensarbeit aber vor allem in kommunalen
88 Gemeinschaften durch finanzielle und technische Unterstützung gestärkt werden.
89 Dazu gehören die Sensibilisierung und Ausbildung zum Thema Frauen, inter und
90 trans Personen, Frieden und Sicherheit, Mediations- und Verhandlungstrainings
91 sowie die Vernetzung von Frauen, inter und trans Personen in verschiedenen
92 Konfliktkontexten. Auch bei Verhandlungen, welche im Rahmen der EU, OSZE oder
93 Vereinten Nationen geleitet werden, muss sich die Bundesregierung für eine
94 stärkere Frauen-, inter und trans Personen-Beteiligung einsetzen. Auch in der
95 deutschen Außenpolitik sind Frauen, inter und trans Personen und andere
96 marginalisierte Gruppen noch chronisch unterrepräsentiert. Dies betrifft sowohl
97 die politische Ebene als auch die Beamt*innenebene. Die Bundesrepublik hatte
98 noch nie eine Außenministerin. 2018 waren nur 16 Prozent der Leitungspositionen
99 in deutschen Auslandsvertretungen von Frauen besetzt. Wir fordern deswegen eine
100 Frauen-, inter und trans Personen-Quote von 50 Prozent für die
101 Führungspositionen im Auswärtigen Amt. Hinzu kommt, dass Initiativen für mehr
102 Diversität im Auswärtigen Amt wie die "Diplomats of Color" ehrenamtliche und
103 damit unbezahlte Arbeit einzelner Diplomat*innen sind. Das wird dem Reformbedarf
104 der Institution nicht gerecht. Daher fordern wir von den Behörden aufgelegte
105 Diversitätsprogramme und Diversitätsmanagement für die Bundesverwaltung.

106 **Feministische Außenpolitik denkt Abrüstung mit**

107 Eine feministische Außenpolitik, die Frieden und Sicherheit für Frauen, inter
108 und trans Personen garantiert, kann langfristig nur durch Abrüstung erreicht
109 werden. Wir fordern die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch

110 Deutschland und den Einsatz für die völkerrechtlichen Ächtung von autonomen
111 Waffensystemen. Die langfristige Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen
112 muss das Ziel einer feministischen, auf menschliche Sicherheit zentrierten
113 Außenpolitik sein. Dabei muss Deutschland selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

114 **Feministische Außenpolitik beendet körperliche** 115 **Gewalt an Frauen, inter und trans Personen**

116 Mindestens 50 Prozent aller Geflüchteten sind Frauen, inter und trans Personen.
117 Frauen, inter und trans Personen fliehen wegen Unterdrückung und Verfolgung aus
118 politischen und religiösen Gründen. Aber auch Zwangsheirat, genitale
119 Verstümmelung oder Vergewaltigungen sind weitere Gründe, die Frauen, inter und
120 trans Personen zur Flucht zwingen. Frauen, inter und trans Personen erleben in
121 Krisengebieten und auf der Flucht besonders stark körperliche und psychische
122 Gewalt. Die Auflösung sozialer und gesellschaftlicher Strukturen einer
123 Gesellschaft führt zur Zunahme der Gewaltbereitschaft. In vielen Bürgerkriegen
124 gehören systematische Vergewaltigungen zur erklärten Kriegsstrategie. Frauen,
125 inter und trans Personen, die Opfer von Gewalt wurden, leiden unter psychischen
126 Langzeitfolgen, und ihrer sozialen Isolation. In der Arbeit mit Frauen, inter
127 und trans Personen auf der Flucht und in Kriegsgebieten muss deswegen auch auf
128 diese Formen der erlebten Gewalt eingegangen werden.

129 **Feministische Außenpolitik arbeitet an der** 130 **Überwindung globaler Machthierarchien**

131 Mit feministischen Ansätzen der Außenpolitik arbeiten wir als Grüne Jugend
132 daran, globale Machthierarchien aktiv zu überwinden. Als politischer
133 Jugendverband in einem der reichsten Länder der Welt haben wir die Pflicht, den
134 Herausforderungen der Weltgesellschaft durch Klimakrise, Kriege, Flucht und
135 Vertreibung mit globaler Solidarität und progressiven Lösungsansätzen zu
136 begegnen. Die hier entworfenen Lösungsansätze sollen in einer
137 gleichberechtigten, globalen Debatte weiterentwickelt werden.